



Die Eliten der Wall Street reagierten am Wochenende mit Wut, Angst, Frustration und Unsicherheit auf die Ankündigung umfassender neuer Strafzölle durch Präsident Trump. Hochrangige Berater des Präsidenten eilten daraufhin in verschiedene Nachrichtensendungen, um die Maßnahme zu verteidigen. Einige von ihnen gaben an, bereits von ausländischen Regierungen kontaktiert worden zu sein, die Verhandlungen über Handelsabkommen anstreben.

Die Finanzmärkte gerieten heute Morgen mit Beginn des Handels in Asien erneut unter Druck: Eine neue Verkaufswelle traf die Börsen, während Investoren und Ökonomen zunehmend mit der Wahrscheinlichkeit einer schweren Wirtschaftskrise rechnen. In Japan brach der Aktienmarkt um über 8 Prozent ein, in Südkorea sank er um rund 5 Prozent. Der Bitcoin-Kurs fiel seit der Zollankündigung um 10 Prozent auf unter 78.000 US-Dollar, und auch die US-Ölpreise gaben um 15 Prozent nach.

Trump's führende Wirtschaftsberater wiesen die Turbulenzen dennoch zurück und erklärten, der Handelskrieg werde letztlich die wirtschaftlichen Aussichten der USA verbessern. Trump selbst erklärte gegenüber Reportern, er werde die Zölle nicht zurücknehmen, solange das Handelsdefizit der USA mit China, der EU und anderen Staaten nicht beseitigt sei. „Solange wir dieses Problem nicht lösen“, sagte er, „werde ich keinen Deal abschließen.“

Trump's Zölle bedeuten einen tiefen Einschnitt in die bestehende Weltordnung, schreibt Mark Landler, Leiter des Londoner Büros der *New York Times*, in einer Analyse. Doch bleiben die langfristigen Folgen ungewiss: Trump könnte sich jederzeit umentscheiden. Und der freie Handel könnte sich auf eine Weise durchsetzen, dass der Rest der Welt einen Weg findet, das System auch ohne die USA aufrechtzuerhalten – trotz deren bisheriger Schlüsselrolle.

Wie geht es weiter?

Die Zollankündigung vom Freitag hat die US-Wirtschaft in einen Zustand des Chaos versetzt. Ökonomen, Anlagestrategen und weitere Fachleute versuchen nun, die nächsten Schritte zu analysieren und einzuordnen.

Video bringt neue Erkenntnisse zu getöteten



Helfern im Gazastreifen

Zwei Zeugen berichteten der *New York Times*, dass sie im vergangenen Monat beobachteten, wie israelische Soldaten in Gaza das Feuer auf Krankenwagen und ein Löschfahrzeug eröffneten – bei dem Angriff starben 15 Rettungskräfte. Sie gaben an, das Geschehen mitangesehen zu haben, weil sie von denselben israelischen Truppen festgehalten wurden.

Die Aussagen konnten nicht unabhängig verifiziert werden, stimmen jedoch in wesentlichen Punkten mit einem Video überein, das ebenfalls der *New York Times* vorliegt und auf Echtheit überprüft wurde. Das Material scheint zudem die Vorwürfe der Vereinten Nationen zu stützen, wonach israelische Soldaten die Helfer getötet, deren Leichen entsorgt und die Einsatzfahrzeuge zerstört hätten.

Am Samstag erklärte die israelische Armee nach Veröffentlichung des Videos, dass ihre ursprüngliche Darstellung des Vorfalls teilweise „fehlerhaft“ gewesen sei. Weitere Details wurden bekannt.

Nach dem Bekanntwerden der eklatanten Widersprüche in der israelischen Darstellung reagierte das Militär ungewöhnlich schnell. Ein Armeesprecher dementierte jedoch Berichte, wonach einige Leichen gefesselt und aus nächster Nähe erschossen worden seien. Vor diesem Hintergrund trifft sich Premierminister Benjamin Netanjahu heute im Weißen Haus mit Präsident Trump.

Mögliche Chemiewaffenlager in Syrien ungesichert

Nach dem Sturz von Baschar al-Assad könnten sich in Syrien noch mehr als 100 Chemiewaffenstandorte befinden – das geht aus Angaben der weltweit führenden Chemiewaffenkontrollbehörde hervor. Diese Zahl liegt deutlich über früheren Schätzungen.

Die Organisation bemüht sich derzeit, das Ausmaß der verbliebenen Bestände und deren Sicherheitslage zu ermitteln. Bei den Chemikalien handelt es sich unter anderem um Sarin, Senfgas und Chlorgas – Substanzen, die ein ernsthaftes Risiko für die Übergangsregierung Syriens darstellen. Zwar kündigte der syrische Außenminister im vergangenen Monat an,



sämtliche verbliebene Chemiewaffen zu vernichten, doch bislang wurde kein Botschafter zur Kontrollbehörde entsandt – dies wäre ein notwendiger erster Schritt.

WEITERE NACHRICHTEN

- **Sudan:** Geflüchtete, die kürzlich in den Tschad kamen, berichteten, dass Luftangriffe der Regierungstruppen gegen die Rapid Support Forces statt dessen Zivilisten trafen.
- **Vatikan:** Bei einer Messe für Pilger zeigte sich Papst Franziskus erstmals wieder öffentlich, nachdem er vor zwei Wochen aus dem Krankenhaus entlassen worden war.
- **Ukraine:** Russische Angriffe forderten ein Todesopfer und verletzten mindestens sieben weitere Personen.
- **Frankreich:** Die rechtsextreme Politikerin Marine Le Pen kündigte in Paris an, sie werde gegen das fünfjährige Amtsverbot juristisch vorgehen.
- **Großbritannien:** Die Labour-Partei suspendierte den Abgeordneten Dan Norris, nachdem dieser laut BBC wegen sexueller Vergehen verhaftet worden war.
- **Theater:** „Giant“, ein Stück über Roald Dahls Antisemitismus, gehörte zu den großen Gewinnern der diesjährigen Olivier Awards – dem britischen Pendant zu den Tonys.
- **Tiere:** Im Zoo von Philadelphia wurde die 100-jährige Galápagos-Schildkröte „Mommy“ erstmals Mutter von vier Jungtieren.